

angesagt

«Unsere Demokratie läuft keinerlei Gefahr.»
«Sie wird Tag und Nacht bewacht von den Schweizer Garden.»

Dialog zweier Personen in einer Karikatur der Zeitung «La Repubblica». Die beiden sprechen darüber, dass Premier Silvio Berlusconi die italienische Verfassung zu seinen Gunsten und auf Kosten des Staatschefs verändert sehen möchte. Sie reflektieren auch das Verhalten des Vatikans, der die Politik Italiens mitbestimmen will. > SEITE 7

Gerichtstermin für den Schuhwerfer

BAGDAD. Wegen seines Schuhwurfs auf den damaligen US-Präsidenten George W. Bush muss sich der irakische Journalist Muntadhar al Seidi am 19. Februar vor Gericht verantworten. Dem 30-Jährigen wird ein Angriff auf einen ausländischen Staatsführer zur Last gelegt. Al Seidi ist seit dem 14. Dezember in Haft, als er Bush auf einer Pressekonferenz mit einem Schuh bewarf. Al Seidis Arbeitgeber Abdul Hamid al Saeh, der Direktor des Satellitensenders Al Baghdadia, sagte, der Fall stelle Iraks Regierung vor eine Herausforderung bezüglich der Meinungsfreiheit, der sich jeder demokratische Staat stellen müsse. In weiten Teilen der muslimischen Welt wurde Al Seidi für seine Tat wie ein Held gefeiert, der Schuhwurf wurde als Ausdruck des Protests gegen die US-Invasion gewertet. AP



Foto Keystone

agenda

WAS DER MONTAG BRINGT

- BASEL** > Die Leitung der **Grenzwachregion Basel** zieht an einer Medienkonferenz Bilanz des vergangenen Jahres
- BERN** > Der Branchenverband **Hotelleriesuisse** präsentiert Studien zur Position der Schweizer Hotellerie im internationalen Wettbewerb
- GENÈVE** > Der **UNO-Menschenrechtsrat** erörtert die Lage in China
- VAL D'ISÈRE** > An der Ski-Weltmeisterschaft bestreiten die Männer – wenn das Wetter mitspielt – die **Super-Kombination** (Abfahrt: 10 Uhr; Slalom: 17 Uhr; jeweils SF2 live). Zwischen beiden Rennen tragen die Frauen die verschobene **Abfahrt** aus (13 Uhr, SF2 live)
- WASHINGTON** > US-Präsident **Barack Obama** hält die erste Pressekonferenz seit seinem Amtsantritt ab
- LOS ANGELES** > Die US-Musikpreise **Grammys** sind verliehen. Die 51. Vergabe fand in der Nacht auf Montag statt > www.bazonline.ch

«Dank dem Ja keine weitere Verunsicherung»

Economiesuisse-Präsident Gerold Bührer (60) hofft mittelfristig auf zusätzliche Investitionen in der Schweiz

INTERVIEW: RUEDI STUDER, Bern

Die Schweiz könne nun selbstbewusst über weitere Abkommen mit der EU verhandeln, so der frühere FDP-Präsident.

BaZ: Herr Bührer, glaubt man der Abstimmungskampagne von Economiesuisse, ist die Schweizer Wirtschaft mit dem Ja zu EU-Personenfreizügigkeit gerettet.

GEROLD BÜHRER: Ich bin zuerst mal erleichtert, dass trotz der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt eine deutliche Mehrheit zugestimmt hat. Es ist zwar klar, dass wir uns als exportorientiertes Land einer weltweiten Rezession nicht einfach entziehen können. Aber: Dank dem Ja wird es keine weitere Verunsicherung und keine zusätzliche Verschlechterung geben.

Löst die gewonnene Sicherheit neue Investitionen aus?

Zahlreiche ausländische Investoren haben sich wegen der bisherigen Unsicherheit zurückgehalten. Mittelfristig bleibt die Schweiz dank dem Ja als Investitionsstandort interessant.

Es gab Befürchtungen, dass die Unternehmer mit Entlassungen bis zur Abstimmung zuwarten würden. Kommt nun die grosse Entlassungswelle?

Nein, die Unternehmen werden dort, wo es sich um eine konjunkturelle Abschwächung handelt, die Schwächephase primär mit Kurzarbeit zu überbrücken versuchen. Dort, wo es sich um strukturelle Probleme handelt, sind Entlassungen nicht gänzlich auszuschliessen.



Weiterführen. Das Stimmvolk geht in Sachen Personenfreizügigkeit mit Economiesuisse-Präsident Gerold Bührer einig. Foto Reuters

sen. Die Schweiz hat mit 3,3 Prozent aber noch immer eine vergleichsweise tiefe Arbeitslosenquote.

Unterstützen Sie den Vorschlag von Bundesrätin Doris Leuthard, die Kurzarbeitsfrist von 12 auf 18 Monate zu verlängern?

Absolut. Die Kurzarbeit ist in

Konjunkturschwächen ein interessantes Instrument. Die Arbeitnehmenden und ihr Know-how bleiben im Betrieb, Entlassungen können niedriger gehalten werden.

Zahlreiche Staaten stützen mit Konjunkturprogrammen die Wirtschaft. Die Schweiz hat bisher 1,5

Milliarden Franken dafür gesprochen. Reicht das aus?

Die Wirtschaftsentwicklung muss nun laufend beurteilt werden. Wir werden uns diesbezüglich auch mit Bundesrätin Doris Leuthard, dem Arbeitgeberverband, dem Gewerbe und den Gewerkschaften

an einen runden Tisch setzen. Sollte die Abschwächung massiv stärker werden als allgemein erwartet, muss ein weiteres Konjunkturprogramm erwogen werden. Es dürften aber nur Massnahmen getroffen werden, welche zeitlich rasch wirken und gezielt

in jenen Bereichen ansetzen, wo der Abschwung am stärksten spürbar ist.

Mehr Geld ist also denkbar?

Das ist nicht auszuschliessen. Angesichts des hohen Exportanteils wäre aber jede Milliarde nur von beschränkter Wirkung. Doch bei einem drastischen Abschwung werden wir die Augen nicht verschliessen.

Welche Massnahmen stehen für Sie im Vordergrund?

Neben der längeren Kurzarbeit wären vorgezogene Investitionen möglich oder Erleichterungen bei der Exportrisikoversicherung. Viel wichtiger ist aber die Geldpolitik der Nationalbank. Und diese hat bisher rasch und entschlossen gehandelt.

Braucht es auch weitere bilaterale Abkommen?

Das Stromdossier und der Agrarf Freihandel liegen auf dem Tisch. Diese beiden wichtigen Bereiche können nun nach dem Abstimmungserfolg selbstbewusst an die Hand genommen werden.

Wann ist die Rezession in der Schweiz überstanden?

Prognosen sind schwierig. Aber 2009 wird die Abschwächung wohl stärker sein als bis anhin angenommen. Ob der Boden noch dieses Jahr oder erst 2010 erreicht sein wird, kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Ich gehe zudem davon aus, dass dann und wenn wegen der grossen weltweiten Probleme die Erholung nicht so stark ausfallen wird wie bei früheren Krisen.

Weitere Beitrittskandidaten stehen bei der EU Schlange

Die Schweiz wird den freien Personenverkehr auch den künftigen neuen EU-Mitgliedern gewähren müssen

MARIANNE TRUTTMANN, Brüssel

Sobald die EU um weitere Staaten wächst, wird die Schweiz das Abkommen zur Personenfreizügigkeit erneut anpassen müssen.

Nach dem gestrigen Ja bleibt die Personenfreizügigkeit ein Traktandum auf der bilateralen Agenda Schweiz-EU. Weitere heikle Referendumsabstimmungen sind nicht auszuschliessen. Dies vor allem deshalb, weil in der EU eine Reihe von Beitrittskandidaten vor der Tür stehen.

«Man vermehrt sich, wie das in Familien vorkommt», hat EU-Botschafter Michael Reiterer diesen Umstand kürzlich in einem Interview umschrieben. Um die bilateralen Verträge mit der EU aufrechtzuerhalten, wird die Schweiz auch in Zukunft die Personenfreizügigkeit auf alle neu der EU beitretenden Länder ausdehnen müssen.

Auf der langen Liste der Beitrittskandidaten ist in den letzten Monaten überraschend Island aufgetaucht und sofort stark nach vorne gerückt. Das Banken- und Finanzdebakel, das dieser Inselstaat mit 316 000 Einwohnern erlebt, führte dazu, dass die jüngst ausgewechselte Regierung ein Interesse am EU-Beitritt signalisiert hat. Bisher war Island Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta).

FORMALITÄT. Zwischen der Schweiz und Island besteht bereits bisher wie mit allen anderen Efta-Staaten aufgrund des Vaduzer Abkommens Personenfreizügigkeit. Mit einem EU-Beitritt von Island müsste das Schweizer Freizügigkeitsabkommen mit der EU ergänzt werden. Dies dürfte sich auf eine formaljuristische Übung beschränken.

Möglicherweise zeitgleich mit Island könnte Kroatien der EU beitreten. Die Beitrittsverhandlungen mit diesem ex-jugoslawischen Staat mit 4,4 Millionen Einwohnern sind weit vorangeschritten. Ein Beitritt könnte frühestens 2010 erfolgen. Die EU achtet aber zunehmend stärker darauf, dass die Aufnahmebedingungen wirklich eingehalten werden. So gilt ein Beitritt im Jahr 2011 oder 2012 als wahrscheinlicher.

Wesentlich langsamer kommen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei voran. Ein EU-Beitritt dieses Landes, das mit 70 Millionen Einwohnern nach Deutschland das zweitgrösste EU-Land werden würde, ist EU-intern äusserst umstritten. Eine Prognose über das Beitrittsdatum wagt heute niemand. Auf der Warteliste stehen noch eine Reihe weiterer Balkanländer, so Mazedo-

nien und Montenegro. Auch Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kosovo hat die EU immer wieder eine europäische Perspektive in Aussicht gestellt.

DIFFERENZ. Ohnehin könnte die EU schon bald wieder bei der Schweiz vorstellig werden. Die EU hat nämlich ihr Freizügigkeitsrecht im Jahr 2004 intern angepasst, wobei die Änderungen von der Schweiz bisher nicht übernommen wurden. Das führt dazu, dass Schweizer, die in EU-Ländern arbeiten, vom neuen Recht profitieren, nicht aber EU-Bürger in der Schweiz. In der Richtlinie vom Jahr 2004 hat die EU das Aufenthaltsrecht und das Reiserecht von EU-Bürgern und ihren Familienangehörigen sowie die Zugangskriterien zu Sozialhilfeleistungen klarer geregelt.

Die bilaterale Agenda

STOLPERSTEINE. Nach dem Ja zur Personenfreizügigkeit liegen auf dem bilateralen Weg weitere Stolpersteine. Am Donnerstag reist Bundesrätin Micheline Calmy-Rey nach Brüssel zu EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und dem EU-Aussenbeauftragten Javier Solana. Gesprächsthema wird die allfällige Beteiligung der Schweiz an der EU-Piratenmission Atalanta sein. Einen Tag später findet in Brüssel ein weiterer «Dialog» über die von der EU kritisierten Praktiken bei der kantonalen Unternehmensbesteuerung statt. Die Verhandlungen über das Agrarabkommen und das Stromabkommen kommen nur stockend voran. Die EU wird sich zudem wegen der Ausdehnung des Zinsbesteuerungsabkommens auf Stiftungen etc. an die Schweiz wenden. Weit auseinander liegen die Ansichten beim geplanten Rahmenabkommen, mit dem ein Dach über das Gewirr der bilateralen Verträge gespannt werden soll. mt